

Stuttgart, den 22. November 2009

November / 2009

Schopf: „Der einzige Weg, in der Hochschulpolitik etwas zu verändern, führt über den Dialog mit der Politik und nicht über die Besetzung von Hörsälen!“

Liberales Hochschulgruppen Baden-Württemberg zum Bildungsstreik

(Stuttgart) Die Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg (LHG-BW) lehnen den an einigen Hochschulen des Landes stattfindenden Bildungsstreik entschieden ab. Im Zuge der Proteste hat sich deutlich gezeigt, dass dieser von linken Gruppierungen initiierte Bildungsstreik nur ein Ziel verfolgt: junge Menschen für linke Ideen zu gewinnen. Nicht die breite Masse der Studierenden geht auf die Straße, sondern die Anhänger von MLPD, Antifa und Solid. Die Liberalen Hochschulgruppen sagen deutlich, dass hier unter keinen Umständen von einem Protest der Studentenschaft gesprochen werden kann, da sich nur eine verschwindend geringe Anzahl von Studenten an diesem beteiligt. Mit der Besetzung von Hörsälen schadet eine protestierende Minderheit ihren Kommilitonen, indem Lehrveranstaltungen ihrer Kompromisslosigkeit zum Opfer fallen. Unbeteiligten wird so der „Boycott“ aufgezwungen. Mit gewaltsamen Ausschreitungen, wie bei einer Demonstration in Stuttgart am 21. November, wird nichts erreicht. Man schädigt höchstens das Ansehen aller Studierenden in der Öffentlichkeit.

Dazu der Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen **Alexander Schopf**:

„Gegen die Zukunftsoffensive der Uni Stuttgart von 2003, in der es um die Schließung der Geowissenschaften ging, habe ich selbst demonstriert. Ich begriff jedoch schnell, dass der einzige Weg, etwas in der Hochschulpolitik zu verändern, nicht über Sitzstreiks oder Demonstrationen führt, sondern über den Dialog mit der Politik. So kam ich zur LHG. Daher rate ich allen Streikenden, von Konfrontation auf Dialog umzuschalten und ihre Kräfte nicht weiter zu verschwenden.

Die LHG kennt die Probleme des Hochschulsystems und setzt sich konstruktiv für dessen Verbesserung ein:

Wir fordern deutliche **Korrekturen an Bologna** für mehr Freiheit und Selbstbestimmung in Bachelor- und Master-Studiengängen und ein Ende der fortschreitenden Verschulung!

Wir fordern massive Veränderungen bei der Verwendung unserer Studiengebühren. Studiengebühren dürfen nicht für die Aufrechterhaltung des Regelbetriebs der Hochschulen verwendet werden: **Studiengebühren müssen ein StudiumPlus bewirken!**

Wir fordern die Demokratisierung der studentischen Mitbestimmung an unseren Hochschulen durch die **Einführung von Studentenparlamenten**, damit demokratisch gewählte Vertreter die Studentenschaft repräsentieren und nicht die Rädelsführer eines linken Bildungsstreiks!

Daher www.studieren-statt-blockieren.de!

www.lhg-bw.de